



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Afghanistan nicht vergessen!

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein bekennt sich zu seiner humanitären Verantwortung gegenüber in Afghanistan gefährdeten Menschen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine schnelle Umsetzung des „Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan“ einzusetzen.

Außerdem möchte Schleswig-Holstein denjenigen Menschen, die das Land dem Auswärtigen Amt 2021 als besonderes gefährdete Personen benannt hat, in der zugesagten Größenordnung die Aufnahme ermöglichen.

Begründung:

Im August 2022 jährte sich die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und der Abzug der Bundeswehr. Nach wie vor verläuft die Aufnahme gefährdeter Personen langsam, was vielen hier lebenden Verwandten sowie Freundinnen und Freunden Sorge bereitet. Aus diesem Grund halten wir es für dringend geboten, dass die Bundesregierung entsprechend handelt. Vor Ort sind weiterhin zahlreiche Menschenleben gefährdet. Für hier lebende Afghaninnen und Afghanen ist es gleichzeitig sehr schwierig, sich hier ein Leben aufzubauen, solange sie ihre Angehörigen nicht in Sicherheit wissen.

Wir setzen uns als Land beim Bund dafür ein, dass die Aufnahme Schutzsuchender aus Afghanistan zügig vorangeht. Wir sind als Land Schleswig-Holstein vorbereitet Ortskräften und Familienmitgliedern, die in Afghanistan gefährdet sind, eine Aufnahme zu ermöglichen.

Seyran Papo
und Fraktion

Catharina Nies
und Fraktion